

Thema: Digitale Rechte und Datenschutz

Aus Sicht der „digital rights“ kommen die TTIP-Verhandlungen zum denkbar ungünstigsten Zeitpunkt. Die massenhafte Überwachung durch die NSA hat das Vertrauen der EU-Bürger und der Politik in die US-Regierung dauerhaft beschädigt. Immer öfter wird in der Öffentlichkeit die Intransparenz und die Sorglosigkeit von US-Unternehmen wie Facebook und Google im Umgang mit den Daten ihrer Nutzer thematisiert. Gleichzeitig arbeitet die EU seit längerem an einer neuen Datenschutzregulierung.

Die EU-Kommission schreibt auf ihrer Themenseite zu TTIP, dass der Datenschutz bei den Verhandlungen ausgeklammert sei: „Die EU und die USA erkennen seit langem an, dass der Datenschutz auf beiden Seiten unterschiedlich geregelt ist. Die TTIP-Verhandlungen sind jedoch nicht der rechte Ort, diese Unterschiede zu thematisieren.“ Da dieser Bereich nicht Teil des Verhandlungsmandats sei und auch in keiner Stellungnahme der Unterhändler auftauche, sei TTIP in Bezug auf Datenschutz „clean“, sagt Viviane Reding (CSV) im Gespräch mit *forum*. Als EU-Justizkommissarin war sie bis vor wenigen Monaten für dieses Dossier verantwortlich. Die TTIP-Unterhändler stünden bereits jetzt vor sehr großen Herausforderungen. Deshalb sei es unwahrscheinlich, dass sie sich ein weiteres Problem aufladen würden, glaubt sie.

Doch Reding macht auf einen anderen Schauplatz aufmerksam: „Die große Gefahr für den Datenschutz ist der geplante TiSA-Vertrag und nicht TTIP“, warnt sie. Bei dem geplanten TiSA-Abkommen (siehe Glossar) geht es anders als bei TTIP um Dienstleistungen. „TiSA hat bisher

niemand auf dem Radar und dabei geht es praktisch bei jedem Artikel um Datenschutz“, so Reding weiter.

Atmosphärische Störungen

„Wir haben bereits geeignete Möglichkeiten zum Umgang mit dem transatlantischen Datenfluss entwickelt, beispiels-

„Die große Gefahr für den Datenschutz ist der geplante TiSA-Vertrag und nicht TTIP“, warnt Viviane Reding

weise das Safe-Harbour-Abkommen“, schreibt die EU-Kommission auf ihrer Webseite. Allerdings bezweifeln immer mehr Akteure – v. a. in Folge des NSA-Abhörskandals –, dass die bestehenden Abkommen wirklich „geeignet“ sind.

„Safe Harbour“ ist eines dieser Abkommen. Worum geht es? Die aktuelle EU-Datenschutzrichtlinie verbietet Kundendaten in Nicht-EU-Ländern zu speichern, wenn diese nicht ähnlich strenge Datenschutzgesetze vorweisen können. Dazu gehört auch die USA. Unter „Safe Harbour“ können sich jedoch US-Unternehmen dazu verpflichten, gewisse Grundregeln des Datenschutzes zu respektieren (etwa Informationspflicht, Zugangsrecht und Datenintegrität). Unter dieser Bedingung können sie dann Kundendaten in den USA speichern.

„Safe Harbour“ ist alles andere als „safe“, sagt Viviane Reding. Im November 2013 leitete sie eine Untersuchung ein, weil sich europäische Unternehmen beschwerten,

dass ihre US-Konkurrenten ihre Selbstverpflichtung nicht respektieren und so erhebliche Kosten sparen würden. Im Januar 2014 forderte das Europaparlament, „Safe Harbour“ auszusetzen. Seitdem verhandelt die EU-Kommission mit der US-Regierung über eine Nachbesserung in 13 Punkten.

Eine Einigung scheiterte bisher an zwei Punkten, die die innere Sicherheit der USA betreffen. „Die europäische Seite hatte den Eindruck, dass die USA unter Verweis auf die Bekämpfung des Terrorismus einen Gummiparagrafen einfügen wollten“, erklärt Reding. Die amerikanische Interpretation der inneren Sicherheit sei so weit gefasst, dass damit der Rest des Abkommens ausgehebelt werden könne. „Es sind die Nachrichtendienste und alles, was uns bisher Probleme bereitete, die weiterhin das Hindernis für einen Kompromiss darstellen.“ Aber, so sagt Reding, „die Forderung des Europaparlaments hängt wie ein Damoklesschwert über den Verhandlungen, wenn die amerikanische Seite nicht einlenkt.“ Eine Aussetzung von „Safe Harbour“ hätte enorme wirtschaftliche Folgen, denn dann könnten keine personenbezogenen Daten zwischen der EU und den USA ausgetauscht werden.

Viviane Reding hat ebenfalls mit der US-Regierung über ein Rahmenabkommen über den Zugang von Strafverfolgungsbehörden zu personenbezogenen Daten verhandelt, erklärte sie im Chamberhearing. Da die US-Regierung nicht wollte, dass EU-Bürger vor einem US-Gericht ihre Rechte einklagen könnten, hat Reding den Text nicht unterzeichnet und ein Abschluss des Abkommens ist in weite Ferne gerückt.

Für Streit sorgte in den vergangenen Jahren auch das SWIFT-Abkommen. Die „Society for Worldwide Interbank Financial Telecommunication“ ist eine internationale Genossenschaft von Finanzdienstleistern. Sie leitet Informationen zu Finanztransaktionen zwischen Banken, Börsen und anderen Finanzinstituten weiter. Seit dem 11. September 2001 leitet SWIFT Daten an die US-Behörden weiter, um die Finanzierung von Terrororganisationen zu bekämpfen.

Nach anfänglicher Gegenwehr in Europa beschlossen die EU-Außenminister über ein SWIFT-Abkommen zu verhandeln. Dieser Vertrag soll es US-Terrorfahndern – unter klar definierten Bedingungen – erlauben, Zugang zu europäischen Kontodaten zu bekommen. Nachdem der Vertrag im Februar 2010 im EU-Parlament abgelehnt wurde, stimmte das Europaparlament im Juni 2010 einer veränderten Version des Vertrages zu. Seit dem rezenten NSA-Skandal wird in Europa erneut über ein Aussetzen von SWIFT diskutiert.

Transatlantische Annäherung?

Joe McNamee vom Verband European Digital Rights (EDRi) zeigte sich im Gespräch mit *forum* weniger optimistisch als Viviane Reding. Selbst wenn der Datenschutz bei TTIP kein Thema sei, befürchtet er in zwei Punkten eine Aufweichung der digitalen Rechte in Europa.

Auf US-Seite würden sich die Lobbys sehr stark dafür einsetzen, via TTIP den aktuellen Rahmen des Datenschutzes zu verändern, sagt Joe McNamee. „There is an effort to move towards interoperability of legal frameworks away from the current system, which is based on adequacy“, erklärt er. Bisher prüft die EU-Kommission im Rahmen von „Safe Harbour“ die Angemessenheit („adequacy“) des Datenschutzes von Drittländern. Mit „interoperability“ ist nichts anderes als eine Angleichung der Datenschutzregeln gemeint. Doch, so meint McNamee ironisch, „having interoperability between something that exists and something that does not is a challenge“.

Zweitens befürchtet EDRi, dass Elemente aus ACTA (siehe Glossar) und SOPA



TTIP: ein Trojanisches Pferd? Demonstranten in Berlin (© Mehr Demokratie e.V.)

(„Stop Online Piracy Act“) in TTIP einfließen könnten. Beides sind Abkommen, die das Europaparlament nach Abschluss der Verhandlungen abgelehnt hatte und die deshalb nie in Kraft getreten sind. Konkret geht es darum, dass private Unternehmen das Einhalten von Urheberrechten an „geistigem Eigentum“ durchsetzen sollen. „I have heard from different sources that the US is aiming to include the so-called ‚good Samaritan‘ provision in TTIP as a way of allowing US companies to regulate the Internet being in Europe“, sagt McNamee. Ob Zufall oder nicht, so erklärt er, habe die Kommission im Sommer mit dem Konzept „follow the money“ einen ähnlichen Ansatz vorgestellt. Dabei sollen Werbenetzwerke und Online-Bezahldienste gegen Webseiten vorgehen, von denen sie annehmen, dass diese Urheberrechte verletzen.

Viviane Reding sieht das anders: „Es würde mich sehr erstaunen – aber ich spekuliere, denn es gibt dazu keine Entscheidung –, dass die Ablehnung von ACTA und SOPA in Frage gestellt werden würde. Das war eine solch schmerzhaft Erfahrung – auf beiden Seiten. Derjenige, der ACTA auf den Verhandlungstisch legt,

sagt nichts anderes, als dass er TTIP nicht will. Niemals würde das Europaparlament unter diesen Umständen einem Abkommen zustimmen.“

Datenschutz als Grundrecht

„Der Datenschutz ist in Europa in Stein gemeißelt“, betont Viviane Reding. Die Grundrechtecharta und die Gesetzgebung ließen der Politik keine andere Wahl als sich für eine strenge Regulierung einzusetzen. Joe McNamee weist in diesem Kontext auf einen inhärenten Widerspruch hin: „TTIP is a trade deal, it is not an international human rights framework. Fundamental rights should be discussed in those frameworks, and trade in a trade framework.“ Man könne nicht etwas als Grundrecht anerkennen und dann einen Teil davon zur Verhandlung stellen, meint er.

Ob in TTIP oder anderswo – die Herausforderung für die EU in den nächsten Jahren wird sein, ihr Datenschutzniveau in einer sich immer weiter vernetzenden Welt zu verteidigen. ♦